

Erfolgreich gescheitert? – Rückblicke auf den HU-Workshop Bürgerrechtsarbeit

Es versöhnt vielleicht ein wenig mit dem nun schon länger andauernden 'Siechtum' der HUMANISTISCHEN UNION, wenn man von außen – hier durch den Politologen *Alfred Roos* während des Workshops – versichert bekommt, daß man ja wichtiges geleistet habe und Ideen und Ansätze über den eigenen organisationspolitischen Rahmen hinaus verallgemeinert worden seien. Wenn sich aber die konkurrierenden und kooperierenden institutionalisierten Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen nicht nur als erfolgreiche Lehrlinge, sondern schnell als Lehrmeister erweisen, steigt offenbar die Neigung, es diesen – als Beispiel sei Greenpeace genannt – nachzueifern. Natürlich soll man über Vorschläge, die während des Workshops in Schwerte gemacht worden sind, nachdenken (aber es fällt uns doch sehr schwer, die älteren Mitglieder der HU sich als protestierende Schornsteinkletterer vorzustellen). Sicher spielen bei solchen Zukunftsentwürfen falsche Hoffnungen, Projektionen und alte politische Enttäuschungen, z.B. über die politischen Parteien, eine Rolle. Wir meinen, weniger wäre mehr und deshalb sollten sich die 'Erneuerer' der HU erstmal auf die Geschichte und spezielle Ressourcen zurückbesinnen. Aber hat sich nicht auch das öffentliche Spiel mit Reputation, Namen und Gegenexpertentum längst totgelaufen? Ist vielleicht das kulturelle Kapital der HU aufgezehrt und die Organisation mit ihren Äußerungen in der öffentlichen Aufmerksamkeit längst von professionelleren und geschickteren Strategen und Komitees überrundet worden? Gewiß ist das der Fall und man sollte dieses weder als nachrangige, äußerliche Frage der Selbstdarstellung oder gar eines modischen Designs auffassen noch als Ergebnis des vermeintlichen allgemeinen Verfalls politischer Kultur nach dem Ende des realen Sozialismus.

Diese Sichtweise schien hingegen verbreitet unter den Diskutanten des Schwerter Wochenendes: die Bundesrepublik im politischen und kulturellen Verfall seit der Gründung und der Ausrufung des Grundgesetzes. Der schleichende Faschismus des Sicherheitsstaates höhlt das Grundgesetz und die Bürgerrechte immer stärker aus, ob es die Notstandsgesetze sind, die reale oder vermeintliche ökologische Katastrophe, das Versagen der großen und kleinen Parteien oder die Vereinigung mit der DDR und ihre problemgeladenen Folgen: das alles schmilzt zusammen zu einem unaufhaltsamen Trend des Niedergangs der bundesrepublikanischen Demokratie. Linke Krisenbeschwörer und kulturkonservative Untergangsstimmung feiern fröhliche Vereinigung in einer Organisation, die sich einmal in ihrem offenen liberalen Grundverständnis bei allem kritischen Einsatz gegen eine schlechte Gegenwart von solch krudem Weltanschauungsersatz distanzieren wollte. Es war doch gerade der Schuß kritischer Rationalismus und Rechtspositivismus, der der HU in den Sechzigern den Ruf von Unabhängigkeit und Seriosität verschaffte, und die Distanz zu religiösen, aber auch quasireligiösen Weltanschauungen wie die Geschichtsphilosophien marxistischer Prägung, was nicht praktische Koalitionen und inhaltliche Koinzidenzen mit linken Politiken ausschloß. Wie immer scheinen Irrtümer in jenen Organisationen und Institutionen, die sich eher am Rande des Irrtumsgeschehens plaziert haben, länger zu überleben.

Als ob es nicht auch Entwicklungen in der Bundesrepublik gegeben hätte, scheint in den politischen Zeitdiagnosen, die wir hier kritisieren wollen, nur der immergleiche Trend durch. Ist denn nicht die politische Kultur der Initiativen und sozialen Bewegungen der achtziger Jahre etwas völlig anderes als die stumpfe, teilnahmslose Atmosphäre des sogenannten Wiederaufbaus, die nur von der unbegriffenen Kränkung durch die selbst zu verantwortenden Verbrechen des Nationalsozialismus und seinen Folgen zeugt? Hat nicht die Bundesrepublik durch die Protestbewegung 1968, die sozialen Bewegungen und auch durch die friedliche Revolution '89 in der DDR Anschluß gefunden an die politische Kultur des Westens? Natürlich gab es und gibt es Einschränkungen von Bürgerrechten, aber es sind auch erhebliche Freiheitsräume erkämpft und eröffnet worden und wer dies verkennt, gräbt sich ein. *Die HUMANISTISCHE UNION sollte ihren öffentlichen Standort zwischen flüchtigen sozialen Bewegungen einerseits und den Parteien und staatlichen Institutionen andererseits definieren in dem Bewußtsein, daß Rechte und Freiheiten der vernünftigen Kodifizierung ebenso bedürfen wie einer ständigen neuen Auslegung, die sich der gemeinsamen öffentlichen Diskussion nicht verschließen darf.*

Eine solche 'Selbstverortung' würde der HU ein eigentlich gar nicht so neues, aber vor dem Hintergrund des Endes der Geschichtsphilosophien durchaus modernes Selbstverständnis ermöglichen: Sie wäre keinem inhaltlich bestimmten künftigen Gesellschaftsprojekt besonders verpflichtet, empfände sich aber als Anwalt der Strukturen und Prozeduren, die eine offene Zukunftsdiskussion über die Lösung gesellschaftlicher Probleme und Erweiterung der Freiheit ebenso sichern wie ein Angedenken an die sinnlosen Opfer in der Geschichte.

Damit würde die HUMANISTISCHE UNION allerdings eine politische Nische besiedeln, sie wäre künftig stärker als bisher angehalten, sich zu fragen, ob diese oder jene öffentliche Wortmeldung und Intervention angebracht ist oder nicht. Dies würde gewiß auch eine Weichenstellung für Mitgliederwerbung bedeuten: Die in Schwerte erhobene Forderung, man müsse sich in seiner Organisationspraxis an alle wenden, würden wir zurückweisen und eher hoffen, daß zukünftig wieder mehr Kompetenz organisiert werden kann. Die HUMANISTISCHE UNION kann nicht die Enttäuschungen von sich abwendenden Mitgliedern der Parteien auffangen, sie ist keine breite soziale Bewegung mit Anschluß an jeweilige Lebenszusammenhänge oder kommunale Öffentlichkeiten und auch nicht das Eldorado für abenteuerlustige Bürgerrechtsaktivisten mit outdoor-Sehnsüchten. Wenn die Alternative lautet: rechtspolitisch kompetent oder lebensweltbezogen, bewegt und sozial, dann würden wir uns für das erstere entscheiden.

Paul Ciupke, Waltrip
Norbert Reichling, Dorsten

aus:

Mitteilungen der Humanistischen Union,
Nr. 142 (1993)